



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

⌘: Zur inneren Politik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur inneren Politik



um geistigen Rüstzeug unserer Feinde im Westen gehört die Lehre von den beiden Deutschland, dem friedlichen, kosmopolitischen vor Bismarck und dem verpreukten, nur auf brutale Gewalt gestellten, annexionistischen seit 1864 bis 1871. So glaubte man, den Widerspruch zwischen den „Sunnen“ von 1914 und dem einstigen Volk der Dichter und Denker, dessen Leistungen doch nicht geleugnet werden konnten, zu lösen. Das in Frankreich entstandene Schlagwort wurde von einem Franzosen dementiert. Der Philosoph Emile Boutroux („de l'Academie“) behauptet, daß gewisse Keime „monströser Arroganz“ schon vor hundert Jahren bei den Deutschen vorhanden gewesen seien, was u. a. an — Goethes „Faust“ sehr einleuchtend bewiesen wird.

Die innere Einheit unseres Wesens, die dieser Ausländer mit Recht, wenn auch in böswillig-verzerrtem Bilde gesehen, fühlt, sie droht im vierten Kriegsjahre verloren zu gehen! Es scheint in der Tat zwei verschiedene Deutschland zu geben, nur nicht in zeitlicher Aufeinanderfolge, wie die Gegner wähnten, sondern nebeneinander im Rahmen desselben Staatsverbandes. Die „Deutsche Zeitung“ glaubte sie folgendermaßen scheiden zu müssen: „Das eine völkische wurzelt in der großen alten Vergangenheit . . ., es steht auf Macht, es will Sicherheit, es erkennt die deutschen Notwendigkeiten: Auf uns ruht die Last Europas. — Das andere hängt an seinem Volkstum nicht. Es denkt und fühlt übervölkisch. Die harte große Vergangenheit ist ihm ‚Bedrückung‘, die große reiche Kultur ‚Rückständigkeit‘ . . . Macht? Nein: Versöhnung. Sicherheit? Nein: Verbrüderung. Pflicht, Eingabe an die Allgemeinheit? Nein: Freiheit, ‚Demokratie‘“.

Dazu bemerkt der „Vorwärts“: „Die Alldeutschen betrachten sich also bereits als ein besonderes Volk innerhalb Deutschlands. Ihr Ideal ist die Macht und nackte brutale Gewalt ist das Allheilmittel“. Setzt man statt „Deutschland“ das Wort „Europa“ ein, so könnte dieser Satz ebensogut aus einer französischen oder englischen Zeitschrift stammen.

Allerdings haben wir es hier mit übertrieben zugespitzten Äußerungen von den Flügeln beider Parteirichtungen zu tun. Aber die Tatsache, daß sich zwei Parteien mit fundamentalen Meinungsverschiedenheiten in äußerer und innerer Politik gegenüberstehen, und daß ihre Phalangen ganz Deutschland spalten, bleibt doch bestehen! Sie „Sicherheit“ und Macht —, die Kompromiß und „Verständigung“, so tönt das Feldgeschrei an den Grenzen ebenso wie im Lande, nur daß auf dem parlamentarischen Schlachtfelde die Rollen annähernd vertauscht sind. Das Zahlenverhältnis beider Gruppen ist allerdings nicht so überwältigend günstig für die Anhänger des Verständigungsfriedens, wie man es gewöhnlich — so auch von ihrem „geistigen Vater“, dem Professor Hans Delbrück in seiner Streitschrift gegen die Vaterlandspartei — zu hören bekommt. Durch die Abwesenheit großer Volksteile an der Front ergibt sich ein schiefes Bild der „öffentlichen Meinung“, und besonders die Berliner Luft zeigt in dieser Beziehung nicht die ihr nachgerühmten „stärkenden“ Eigenschaften.

Gewiß ist Fortschritt und Entwicklung ohne Gegensätze nicht denkbar. Aber müssen sie so tiefbedauerliche Formen annehmen wie in der deutschen Gegenwart?

Zwischen verschiedenen Völkern kennen wir „notwendige“ Mißverständnisse, weil hier auch die ethischen Wertmaßstäbe zweierlei Zungen reden. Man hat mit Recht bemerkt, daß z. B. der Franzose deutsche „Offenheit, Ehrlichkeit, Biederkeit“ als „Roheit, Formlosigkeit, Barbarentum“ empfindet, umgekehrt der Deutsche für „äffische Eitelkeit“ hält, was jenseits des Rheines als Ehre und gloire gilt. Die wütenden Auseinandersetzungen zwischen „Verzichtpolitikern“ und „Vaterlandspartei“, zwischen „Hungersfriedensmehrheit“ und „Annerionisten“ überbieten jene internationale Verständnislosigkeit beinahe noch.

Ein scharf beobachtender Ausländer fand: in Frankreich sei der deutsche Ausdruck „Parteiwesen“ unbekannt; es gebe da wohl einen „Parteigeist“, aber nicht einen solchen der „Parteien“ (un esprit de parti, mais pas de partis). Hier kenne man nur Etiketten und die einzelnen Gruppierungen hätten keine enge, bestimmte Form. Alles an ihnen sei unbeständig und unbestimmt; ihr Name, ihr Programm und ihre Mitglieder — sehr im Gegensatz zu dem fest organisierten und disziplinierten deutschen System. Tugenden haben ihre Fehler und umgekehrt. Man möchte den Deutschen manchmal etwas von jener gallischen Formengewandtheit (die im obigen sich wiederum offenbart) wünschen, auf daß er aus der schweren Rüstung seiner wohlfundierten Dogmen herausfinde und über dem Wellenspiel der politischen Oberfläche den festen Boden nationaler Gemeinsamkeit nicht aus den Augen verliere. Also, statt mit der uns eigenen Gründlichkeit politische Opportunitätsfragen zu Proben der Lebensanschauung und des Charakters zu vertiefen, mehr Verständnis und Beachtung der „Etikette“ in doppelter Bedeutung, wodurch dann auch vermieden würde, daß der Gegner — wie jetzt nur zu häufig — als moralisch defekter Mensch verfeimt erscheint.

Von den unvermeidlichen trüben Beimischungen der politischen Wässer sehen wir ab, solange und da sie die Farbe des Ganzen nicht bestimmen. Wo sich wie heute die Kräfte der Nation gleichsam in zwei gewaltigen Brennpunkten sammeln, müssen auch Sonderinteressen hier oder dort Anschluß suchen. Wenn man jetzt in vielsagenden Andeutungen oder offen gegen „Geldmächte“ mobil macht, die hinter der Vaterlandspartei stehen sollen und sich über ihren „Inseneratenfeldzug“ im Dienste der Schwerindustrie entrüstet, so fragen wir ruhig, ob auf der Gegenseite nicht auch mit Wasser gekocht wird. Angesichts dieser Vorgänge von einer „Korruption der Presse und des öffentlichen Lebens“ zu reden, wie Geheimrat Goek im „Leipziger Tageblatt“ für nötig hält, und die doch recht bedeutende Vaterlandspartei als eine Bewegung abzutun, deren Drahtzieher preußische Konfervative, deren Geldgeber rheinische Schwerindustrielle seien, solch Verfahren scheint uns unberechtigterweise den Teil für das Ganze zu nehmen*). Peccatur extra et intra muros! Nicht ohne Grund betont der Freiherr von Zedlig, daß man von gewisser Seite mit Vorliebe Schwerindustrie und Junkertum als „bêtes noires“ behandle, dagegen mit „Schiebern, Kettenhändlern und Kriegsgewinnlern im engsten Sinne“ gar fäntiglich verfare.

Die Vaterlandspartei ist zurzeit „unpopulär“ bis in die Kreise geistiger und gebürtiger Elite hinein (ebenso wie eine Polemik gegen das gleiche Wahlrecht)

*) Inzwischen sind die Angriffe des Prof. Goek von dem Leipziger Historiker Geheimrat Brandenburg und von der Vaterlandspartei selbst zurückgewiesen worden!

und das mag seine Gründe haben —, eines sollte man nie vergessen: wer für sich bona fides verlangt, soll sie auch dem Gegner nicht vorenthalten, und schließlich sind doch „Gewaltpolitiker“ oder „Miesmacher“ gewissermaßen nur Vornamen in der gemeinsamen deutschen Familie, deren Angehörige (von nikratenen Söhnen immer abgesehen) kein höheres Ziel kennen, als das Wohl ihres Hauses zu wahren, mögen auch die von ihnen eingeschlagenen Wege verschieden sein. Den Ausgang kennt keiner. Aber nicht wir sprechen das Urteil über die Geschehnisse unserer Tage . . . An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Eines ist sicher: die maßlose Leidenschaft, mit der zurzeit der Kampf der Meinungen im Lande geführt wird, kann nicht ohne Folgen bleiben. Sie schwächt uns und stärkt unsere Feinde. Aus einer, weiß Gott, bedeutungsschweren Geschichte sollten wir gelernt haben, wohin der unselige Zwist und Zank im deutschen Hause führt. Kann unser Burgfriede wirklich nur auf Frist gehalten werden wie im Mittelalter die „treuga Dei“? Wo bleibt das deutsche „Wir“, das sich in den heiligen Augusttagen von 1914 so herrlich offenbarte? „Trotzdem wir unsere innerpolitische Gliederung längst wiedergefunden haben, hört doch noch heute alles Deutschgeborene bei jedem neuen Kriegsdonner, bei jeder neuen Friedensahnung einen alles durchzitternden Unterton: Wir Deutschen“. So schrieb jüngst ein Feldgeistlicher. An der Front mag solche Erkenntnis geboren werden. Aber können wir im Lande ohne Erröten die Worte lesen? Wird nicht jener mahnende Orgelpunkt gar oft überlönt von den Dissonanzen unseres öffentlichen Lebens, die anstelle der Melodie treten?

Auch vom Gegner können wir lernen. Selbst wenn man dort „Die falschen Kriegsziele beiseite stoßen“ will (wie Gardiner in seinen „Daily News“), hütet man sich wohl, mit dem Revisionismus den Anfang zu machen. Durch Streiks, meint jener Schriftsteller, würden die englischen Arbeiter nur Hindenburg in die Hände spielen. Das weiß die Arbeiterschaft der Ententeländer auch ganz genau und sie handelt danach. Während sie mit einem vollen Tropfen imperialistischen Öles gesalbt ist, spuckt bei unseren Sozialdemokraten trotz aller Enttäuschungen und Warnungen (aus den eigenen Reihen) immer noch der Geist der Internationale. Es ist, als wenn die deutsche Erbkrankheit auf die jüngsten Söhne des Hauses übergegangen wäre, nachdem sie die älteren Geschwister überwunden haben. Nach der Würzburger Tagung glaubte man auch bei jenen eine Heilung prophezeien zu können, doch der Bolschewismus hat einen neuen Anfall hervorgerufen.

Die sozialrevolutionären Scharfmacher schritten unter diesen Auspizien zur Propaganda der Tat. Es besteht ja nunmehr kein Zweifel, daß der Streik bei uns von den Unabhängigen Sozialisten in Szene gesetzt wurde. Deutlich genug sind Gewerkschaften und alte Partei von den Unentwegten abgerückt, man vergleiche nur die Erklärung der Generalkommission (Muer) und die neueste Haltung des „Vorwärts“ (Nr. 38), der gegenüber den „blöden Schimpfereien und Verdächtigungen“ des extremen Flügels energisch Front macht. Aber auch die verständigen Arbeiter und Arbeiterinnen wollten von dem „Kummel“ nichts wissen. Es ist erfreulich, daß gerade von links verdächtige Blätter wie der „Tag“ den guten Willen und die loyale Haltung der überwältigenden Arbeitermehrheit anerkennen und sich von der Entrüstung über das „objektiv landesverräterische Treiben“ der Demonstranten nicht zu falschen Verallgemeinerungen und Schroffheiten hinreißen

lassen. Rechnet man noch die zahlreichen Mitläufer und Auch-Streifenden ab, aus deren Mitte nachträglich gegen die mit Lüge und Vergewaltigung arbeitenden Drahtzieher protestiert wird, so bleibt als willige „Aktivisten“truppe der Janhagel beiderlei Geschlechts. Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß in den Weltstädten Berlin und Hamburg, wo diese Elemente sich zusammendrängen, die Unruhen einen besonderen Umfang annahmen, während der Westen trotz seines starken Industrieproletariats verhältnismäßig besonnen und ruhig blieb.

Die „Frankfurter Zeitung“ sieht „letzten Endes die Ursache der Streibewegung“ in Zweifeln, die anlässlich des innerpolitischen und außerpolitischen Kurzes (Wahlreform und Friedenspolitik) „in ganz großen Volksschichten“ gehegt wurden. Die Reichstagsmehrheit von Erzberger bis Scheidemann und ihr Anhang können darunter nicht verstanden sein; sie lehnen ja den Streik ab, es würde also die logische und tatsächliche Verbindung zwischen Ursache und Folge fehlen. Bleiben die Extremen links vom obigen Block. Aber auch hier spielte politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit nur die Nebenrolle eines bestimmten „Milieu“, und erwuchs die Bewegung nicht, wie bei Lohn- und Hungerrevolten, spontan aus der Massens Stimmung, was die „Frankfurter Zeitung“ behauptet*), sondern der deutsche Bolschewismus wollte, ermuntert durch die geglückte Wiener Generalprobe — allerdings unter Benutzung der augenblicklichen politischen Situation — das suggestiv wirkende russische Vorbild nachahmen. „Die Trotzki-Internationale, von der man im Westen durchaus nichts wissen will, sollte auch eine Parade in Berlin, und eine Parade in Ehren abhalten. Nur aus diesen Gedankengängen erklärt sich das rasche Aufklackern des Brandes“. Darin hat H. Nordhausen im „Tag“ völlig recht**).

Eine Vernachlässigung dieses „öftlichen“ Zusammenhanges und zugleich eine ungeheuerliche Aufbausung und parteiinteressierte Zurechtstufung gewisser innerpolitischer Vorgänge bedeutet es, wenn sich der Heidelberger Professor Max Weber zu dem Satz versteigt: „... der Streik war ganz selbstverständlich angefaßt dessen, was man Mitte Januar in Berlin erlebte und was tatsächlich jeden, der einen rein sachlichen Betrieb der Politik verlangt, zum Rasen bringen konnte: wildeste Demagogie ohne Demokratie, vielmehr wegen fehlender Demokratie. Man muß dort gewesen sein, um das zu verstehen, man glaubte im Irrenhaus zu sein...“ Hier haben wir ein Musterbeispiel für den Terror der „Mehrheit“ — oder wenigstens bestimmter Richtungen in ihr — gegen jede Meinungsäußerung der Opposition. Jedes Bedenken gegen die Friedenserklärung und die Regierungsvorlagen ist von vornherein verdächtig. Am liebsten möchte man den unbequemen Mahnern überhaupt den Mund verbieten. Erzwingen sie sich trotz aller Widerstände Gehör, wofür ihnen bei dem herrschenden Druck jedes Mittel recht sein muß, so wird auf der andern Seite über „Boulevarddemagogie mit spezifischen Mitteln der Geldmacht“ gezetert. Die Zeiten der Demagogenverfolgung scheinen nach hundert Jahren mit vertauschten Rollen wiederzukehren! Herrn Professor Weber aber, dem es „vollständig unmöglich“ ist, sich über den Streik „zu entristen“, obwohl er den unangenehmen Zwischenfall für die Interessen des Krieges

*) Im Widerspruch zu einem später von ihr selbst gebrachten Berliner Privattelegramm

***) Vgl. auch Heuß in „Deutsche Politik“ (1918) Heft 6.

wie des Friedens“ zugibt, möchten wir fragen, ob ihm seine demokratische Gesinnungstüchtigkeit hier nicht die Wertmaßstäbe etwas in Unordnung bringt. Was ist heute die dringendere und die höhere Aufgabe: seine Parteiinteressen zu wahren oder das Vaterland vor Schaden zu behüten? Daß Herr Professor Weber durch seine moralische Säffigkeit gegenüber den deutschen Volksgewissten, deren Vorstoß nicht nur in Rußland, sondern — nach „Nieuws van den Dag“ — auch bei den Versailler Beschlüssen seine Früchte erntet, der zweiten Aufgabe dient, wird er selber nicht behaupten können.

Was die Haltung der Regierung während der Unruhen angeht, so findet sie die gleiche Presse, die den Ausländischen goldene Rückzugsbrücken baut, „unverständlich“ und „bedauerlich“. Man kann den Spieß umkehren; unverständlich und bedauerlich finden wir es vielmehr, die klaren Scheidelinien zwischen vernünftigen Freiheitsforderungen und dem sinnlosen Gebaren „wilder Begierde“ zu verwischen und diesem das Asylrecht jener zu verleihen.

Wenn wir also das energische, zielbewußte Auftreten der verantwortlichen Stellen gerade im Interesse der Gesamtheit — *vestigia Russorum terrent!* — begrüßen und billigen, so ist damit über ihr ferneres Verhalten in keiner Weise nichts gesagt. Ebenso bedauerlich wie während der Bewegung eine falsche Schwäche, wäre nach ihrem Abebben eine falsche Schärfe. Eine Machtprobe hat stattgefunden, und die staatliche Autorität hat zur Enttäuschung aller hämischen Spekulanten gezeigt, daß sie ihre Position als wahre Führerin der Gesamtheit zu halten versteht. Nichts wäre verkehrter, als Repressalien aus Verärgerung über die törichten bzw. verbrecherischen Handlungen der letzten Wochen. Zeigt die Sozialdemokratie jetzt guten Willen — und wir setzen trotz unliebsamer Nebenerscheinungen auf sie das Vertrauen — so kann gerade die über den beginnenden Terror siegreiche Regierung die Hand zu ehrlicher Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit am nationalen Staate bieten. Eine Politik der Vergeltung wäre das sicherste Mittel, die hinter der alten Partei stehenden Massen in die Arme der Unabhängigen zu treiben, eine radikale Einigung nach links herbeizuführen.

Von diesem Standpunkte muß man auch die Bestrebungen und Möglichkeiten einer neuen Parteigruppierung betrachten, die selbst innerhalb der Mehrheit (z. B. von der „Freisinnigen Zeitung“ und dem Zentrumsabgeordneten Ruckhoff im „Tag“) erörtert werden, von der aber die Regierung mit Recht nichts wissen will. (Siehe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.) Denn es handelt sich hier nicht bloß um eine Machtverschiebung unter den Parteien, sondern infolge der gänzlich unentwickelten und unbrauchbaren Gestalt unseres Parlamentarismus um ein völliges Herauspringen einer bestimmten Kräftegruppe aus dem Rahmen des Ganzen. Die Sozialdemokratie würde dann nicht in eine Opposition treten nach Art der unterliegenden Partei in England, sie würde nicht nur zeitweilig aus der Regierungsmaschinerie ausgeschaltet, sondern dauernd aus dem Staate. „Ein Ausscheiden der Sozialdemokratie, so sagt mit Recht die „Berliner Börsen-Zeitung“, bedeutet „ein Zurückfallen in den Klassenkampf, wie wir ihn vor dem Kriege gehabt haben, und zwar in verstärktem Umfange“. Der unselige Zustand, den ein fluger Franzose 1913 in die Worte faßte: „Le parti socialiste représente pour le Reichstag un poids mort“ und dem der 4. August ein Ende machte, wäre wiederhergestellt.

Die hier von uns vertretene Politik der Besonnenheit wird allerdings nicht gefördert, wenn man sich aus taktischen oder sonstigen Gründen in maßlosen Übertreibungen gefällt. Schon vor einer Woche wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, wie schlecht der Demokratie als dem glücklichen Gewinner die betrübtete Zeichenbittermine steht, bloß weil andere ihre berechtigten Forderungen nun auch anmelden. „Der Gedanke des gleichen Wahlrechts marschiert“ („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“), aber auf der Linken herrscht trübe Resignation und düstere Zukunftssorge.

Wenn man im Herrenhause noch nicht sogleich die erwünschte moderne Gestaltung findet, schreibt der „Vorwärts“: „So werden jetzt die herrschenden Klassen doppelt bevorzugt, und die heute entrechteten Schichten bleiben so gut wie rechtlos, der Osterbotschaft und dem Julierlaß ist scheinbar Rechnung getragen, in Wirklichkeit bleibt alles ziemlich beim alten“. Und der politische Redakteur des „Berliner Tageblatts“ stimmt in die Klage ein: „Das künftige Abgeordnetenhaus wird im letzten Grunde nur eine beratende, eine schwächende Körperschaft sein, und wo es wirklich zu beschließen hat, bestenfalls ein Anhängsel des Herrenhauses.“ Geradezu tragisch aber lautet die Prophezeiung der „Frankfurter Zeitung“. Sie sieht das Ende unserer konstitutionellen Welt heraufdämmern, eine „langsame Aushöhlung unserer politischen und verfassungsmäßigen Zustände“. Unmittelbar zuvor ist die Rede von „Kräften, die mit immer stärkerer Demagogie in die Öffentlichkeit drängen.“ Sie bleiben namenlos; auch wir möchten ihre konkretere Erfassung dem Leser überlassen!

Zum Schluß noch ein paar Worte über ein praktisches Problem der Wahlreform. In England haben sich Ober- und Unterhaus soeben über ein Kompromiß hinsichtlich der Verhältniswahl geeinigt, wonach das Verfahren zunächst in hundert Bezirken versuchsweise zur Anwendung kommen soll. Zu der vielerörterten Frage hat Dr. Fraenkel in Heft 4 der „Brennboten“ einen neuen Vorschlag gemacht, der die Dinge wesentlich vereinfacht und hoffentlich die verdiente Beachtung findet. Ein Nachteil haftet seinem System noch an, auf den schon Friedrich Thimme hingewiesen hat: es ist jener übermäßige Einfluß der Parteileitungen, der wie Meinecke sich mal ausdrückt, zu „einer Art Vertrustung des parlamentarischen Nachwuchses führen“ kann. Thimme bemerkt, „es würde nicht leicht sein, dieser Entwicklung bei dem System der Verhältniswahl“, in dem er den Stein der Weisen verborgen sieht, „vorzubeugen“.

In einer Broschüre, die der Direktor des Statistischen Amtes in Kassel Dr. Hugo Rietes im Vorjahre erscheinen ließ („Ein Wahlverfahren mit wirklicher Wahlrechtsgleichheit“), wird da nun ein unseres Erachtens sehr einleuchtender und brauchbarer Ausweg gefunden. Nach Fraenkel soll die Wahl derart vorgenommen werden, daß „der Stimmberechtigte entweder eine Liste oder eine namentlich bezeichnete Person wählt.“ Rietes vereinigt beide Arten auf ein und demselben Stimmzettel: Auf ihm bestimmt der Wähler zunächst eine Person, die er zum Abgeordneten haben will und erst an zweiter Stelle eine Partei für den Fall, daß der persönlich namhaft gemachte Kandidat kein Mandat erreicht. Dieses vom Verfasser als „Alternativwahl“ bezeichnete Verfahren gibt dem Wähler völlige Freiheit in der Wahl seines Vertreters; nur dann, wenn die Stimme sowieso ihren ursprünglichen Zweck nicht erfüllen kann, tritt an die Stelle des Individualwillens

der Parteiliebe, d. h. die Ansicht der Parteileitung. Im übrigen decken sich beide Vorschläge. Auch Niekas berücksichtigt den Fall, daß ein Wähler nur Person wählen will, er hat dann den zuzweit vorgedruckten Parteinamen zu durchstreichen und muß es sich gefallen lassen, daß ein bei seinem Kandidaten etwa erzielter Überschuß über die „Stimmensumme“ (Wahlzahl, Verhältniszahl) unter den Tisch fällt bzw. die auf diesen entfallenen Stimmen überhaupt, sofern sie den Durchschnitt nicht erreichen. (Genau so wie bei Fraenkel S. 89, 90.) Bei dem von Niekas entwickelten Verfahren gelingt es in der Tat, „aus der Alleinherrschaft der Parteischemata herauszukommen. Es würden mehr Persönlichkeiten und weniger Parteischematenträger in die Volksvertretung gewählt werden.“

Da das Prinzip der Mehrheitswahl (abgesehen von den sonstigen von Fraenkel erwähnten Schattenseiten) die Gefahr in sich schließt, daß eine große Partei mit zunehmender Kopfstärke — wie bei uns die Sozialdemokratie — mit der Zeit in den Stand gesetzt wird, die anderen zu majorisieren, wie Niekas am Schluß seiner Broschüre in Zahlen überzeugend darlegt, so ist seine Abschaffung eine dringende Forderung, will man nicht die schon sowieso durch die Regierungsvorlage eingeleitete Radikalisierung unseres Parlamentes ins Uferlose weitererschreiten lassen. Über künstliche Hemmungen und Fälschungen des „Volks“willens könnte man sich von seiten der extremen Linken nicht beklagen, denn gerade das Alternativ-Verfahren „würde jeder Partei das ihrige geben“, insonderheit der Sozialdemokratie „das Höchstmögliche, was sie verlangen kann“, so daß sie immer noch im Abgeordnetenhaus zur mächtigsten Partei wird. Ausgeschlossen aber wäre wenigstens, daß „an Stelle der politischen Gleichberechtigung eines Tages unversehens die Alleinherrschaft des Proletariats tritt.“



Brest-Litowsk, Schlußakt

Von Georg Kleinow

Rückbild



er Vorhang fiel langsam über dem Schauspiel von Witauisch-Brest, so langsam, daß es noch während seines Herabgehens eine große Überraschung geben konnte: Trozki, der erste Held des Stückes, entlarvte sich selbst als bössartiger Narr und heimtückischer Erpresser. Es ist kein Heldentum in ihm, von welchem Parteistandpunkt man ihn auch bewerten wollte. Es mangelt ihm Verantwortungsfreudigkeit, das ist die Voraussetzung jeden Heldentums. Kein Freund der Menschheit, auch keine tragische Größe! wohl aber ein engherziger, eigenfüchtiger Parteimensch, — brutal in kleinen, ein schwankendes Rohr in den großen Dingen, um die es doch für